



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 23.04.2020

Angelika Glöckner (SPD): Sichtweise von Anita Schäfer (CDU) greift zu kurz – Bundesfinanzminister Olaf Scholz hält an Schuldenschnitt fest

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner reagiert auf die Äußerungen ihrer CDU-Kollegin Anita Schäfer zur Entlastung der Kommunen und hält dagegen. Gerade in dieser Woche habe sie erneut mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz das Gespräch gesucht. Dieser habe ihr versichert, dass er nach wie vor zur Entlastung stark überschuldeter Kommunen stehe und die 2.500 ärmsten Kommunen einmalig von ihren Altschulden befreien wolle. Er sehe überhaupt keinen Grund von dieser Vorstellung abzuweichen, sondern er sei in seinen Überlegungen sehr weit fortgeschritten. Es gelte nun all diejenigen zu überzeugen, die von diesem Modell noch nicht sehr überzeugt seien. Neben Bayern gelte dies insbesondere für einige CDU-Abgeordnete.

„Ich sage klar, dass ich das Modell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz als einmalige Chance sehe, um insbesondere die hochverschuldeten Städte Pirmasens und Zweibrücken von ihrer Schuldenlast zu befreien,“ betont Glöckner. Die SPD-Politikerin hatte kürzlich eine Initiative für eine fraktionsübergreifende Resolution in Pirmasens und Zweibrücken angestoßen und nach Gesprächen mit verschiedenen Fraktionen an beiden Orten wurde der Resolution einstimmig von den Stadträten zugestimmt. Es reicht nach Glöckners Auffassung nicht, die Verantwortung vom Bund wegzunehmen und jegliche Verantwortung alleine dem Land zuzuweisen.

Im Gespräch diese Woche in Berlin, habe ihr Finanzminister Olaf Scholz einmal mehr bestätigt, dass es nur als Gesamtaufgabe angegangen werden kann. Der Bund, die Länder und auch die Kommunen müssen jeweils ihren Teil zur Entschuldung beitragen. Dass es nur als gemeinsame Aufgabe zu lösen ist, haben auch alle Fraktionen in Pirmasens und Zweibrücken einvernehmlich in ihren Resolutionen verabschiedet.

Glöckner appelliert an Ihre Bundestags- und Koalitionskollegin Schäfer, sich ebenfalls diesem Wortlaut anzuschließen und ihren Teil der Verantwortung als Bundestagsabgeordnete wahrzunehmen. Es kann nur gemeinsam gelingen, so Glöckners abschließender Appell.